

Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper (Hrsg.)

**Stabilitätspolitische Herausforderungen
von Notenbanken:
Preisstabilität und/oder Finanzstabilität**

Für eine bedachte Architektur einer Währungsunion

Mit Beiträgen von

Dr. rer. pol. Jens Weidmann,

Präsident der Deutschen Bundesbank,

Ulf Richter, M. B. A.,

Kanzler der Universität Siegen,

Prof. Dr. rer. nat. Volker Wulf,

Dekan der Fakultät III:

Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik,

Wirtschaftsrecht

und

Prof. Dr. jur. Frank Hartmann,

Notar in Dresden

Reihe: **Wirtschafts- und Sozialordnung**

Band 9

FRANZ-BÖHM-KOLLEG – Vorträge und Essays
Herausgegeben von Bodo Gemper

Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper (Hrsg.)

**Stabilitätspolitische Herausforderungen von
Notenbanken:
Preisstabilität und/oder Finanzstabilität**

Für eine bedachte Architektur einer Währungsunion

Mit Beiträgen von

Dr. rer. pol. Jens Weidmann,

Präsident der Deutschen Bundesbank,

Ulf Richter, M. B. A.,

Kanzler der Universität Siegen,

Prof. Dr. rer. nat. Volker Wulf,

Dekan der Fakultät III:
Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsrecht

und

Prof. Dr. jur. Frank Hartmann,

Notar in Dresden



Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliothek; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-9813636-2-3

1. Auflage Januar 2016

Schriftleitung:

Diplom-Wirtschaftsjurist Viktor Hillgert

Fotos:

Dirk Manderbach, Siegen

Bodo Gemper, Netphen (B. G.)

Universität Siegen

Entwurf, Text- und Bildgestaltung:

Bodo Gemper

Universität Siegen

UniPrint

■ ■ ■ ■ grafik druck medien

Copyright:

Bei den Verfassern

*Franz-Böhm-Kolleg
CampusForum Siegen
Universität Siegen*



Ein Porträt des Grafen Johans des Älteren zu Nassau-Catzenelnbogen

Er begründet im Jahre 1584 die *Hohe Schule Herborn*, „nach ihrem Stifter Johannea genannt“, die bis fast zu Ende des 18. Jahrhunderts als eine Pflanzschule wahren reformierten Glaubens“ gilt.

Diese *Universa Schola Nassovica Sigenensis* ist die Urzelle der Universität Siegen.

Frontispiz des Bandes von Wilhelm Cuno:
Johann der Aeltere von Nassau – Dillenburg, ein fürstlicher Reformator,

Halle an der Saale 1869



57/60

F. Böhm

Porträt Franz Böhm

1895 - 1977

Bodo Gemper, Frankfurt am Main, 1960

Stabilität im Wandel

Vigilia pretium stabilitatis in libertas

„Die Verzerrungen in Europa verleiten manchen zu folgern, mit einem raschen Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion und zur einheitlichen Währung ließen sich die heutigen Probleme vermeiden. Der große Sprung nach vorn soll nach dieser Einigung mit einem Schlag alle Schwierigkeiten beseitigen. Diese Vorstellung hat aber leider mehr mit Illusion als mit der Realität zu tun. Das beginnt schon damit, dass insbesondere Länder mit den stärksten Wechselkursausschlägen weder nach deren eigener Einschätzung noch nach den Kriterien des Maastricht-Vertrages für die Währungsunion reif sind.

Diese Länder könnten also gar nicht dazugehören. Hinzu kommt, dass eine Einheitswährung und eine einheitliche Geldpolitik die den Wechselkursausschlägen zugrunde liegenden Probleme sicher nicht lösen könnte. Diese würden sich nur anders manifestieren. ... In manchen Ländern wären dann zum Beispiel noch weit größere Sparanstrengungen der öffentlichen Haushalte nötig als bislang vorgesehen, wenn die Währungsunion die Arbeitslosigkeit in manchen Ländern nicht noch vergrößern oder Wanderungsbewegungen auslösen soll. Wird nämlich die innere Flexibilität eines Landes überfordert, kann der Preis für die einheitliche Währung sehr hoch werden.

Das alles könnte dann der Europäischen Währungsunion als Sündenbock angelastet werden. Es könnten nicht nur neue Dauerkonflikte entstehen; auch die weitere Integration könnte darunter erheblich leiden. Der Bundesbank wird gelegentlich vorgeworfen, Bremser im Prozeß der europäischen Einigung zu sein. Dies ist eindeutig falsch. Wir akzeptieren das Ziel und bejahen es. Wir sehen uns jedoch in unserer Wächterfunktion aufgerufen, darauf zu achten, dass die Währungsunion erst dann Angetreten wird, wenn die notwendigen Voraussetzungen vorliegen.“

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Tietmeyer,
Präsident der Deutschen Bundesbank (1993 – 1999),

Vortrag im Rahmen der Kolloquien „Hochschule und Gemeinde“ an der Universität Siegen am 11. Mai 1995.

„Kein gutes Rezept“

„Sparen wird in diesem Zinsumfeld bestraft, Schuldenmachen belohnt. Damit werden langfristig falsche Anreize geschaffen, und das nur, um kurzfristig konjunkturell gegenzusteuern.“¹

Frage der Herren Johannes Ritter und Holger Steltzner:

„Die Europäische Zentralbank hält an ihrem Inflationsziel von nahe 2 Prozent unbeirrt fest. Ist das für Sie nachvollziehbar?“

Axel Weber:

„ Angesichts der Schwäche der Konjunktur in Europa halte ich dieses Ziel für kaum erreichbar, zumal vor dem Hintergrund des starken demographischen Gegenwinds. Der Anteil der 25- bis 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung sinkt. Mithin nimmt auch das

¹ In: Deutsche Bundesbank, Eurosystem, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 44 vom 21. Oktober 2015, S. 21

X

Erwerbskräftepotential ab, und das bedingt einen deflationären Druck. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Problem, das sich nicht mit einer expansiven Geldpolitik lösen lässt. ... Man hätte es umgekehrt angehen müssen. Es braucht zunächst Strukturreformen und eine flexible Wirtschaft, damit dann die expansive Geld- und Finanzpolitik besser wirkt.¹²

„Ich halte den in Europa oft gelobten Weg der zunehmenden Zentralisierung von Entscheidungen als alleinigen Weg für falsch, ja sogar gefährlich. Dadurch setzen sich oft die rigidesten Strukturen durch. Ich halte – nicht erst, seit ich hier in der Schweiz lebe – das föderale System durchaus für eine Alternative. Innerhalb der EU sollten Aufgaben dorthin delegiert werden, wo sie am besten erledigt werden können.

Dass Entscheidungen aus Brüssel nicht immer die besten sind, zeigen verschiedene Initiativen der Vergangenheit. Da wurde versucht, Dinge zu regulieren, die gar keiner Regulierung bedurften. ... Die bestehenden Umverteilungssysteme werden als Status quo allzu oft akzeptiert oder perpetuiert, statt sie auf den Prüfstand zu stellen.

Angesichts der hohen Schulden, Steuern und Staatsquoten in Europa gilt es, die bestehenden Strukturen zu hinterfragen. Doch im Zuge jeder Krise – und es wird weitere geben – werden immer mehr Kompetenzen nach Brüssel verlagert. Dadurch werden Unterschiede zwischen den Staaten nivelliert.¹³

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Axel Weber,
Präsident des Verwaltungsrates der UBS Group AG, Zürich,
Präsident der Deutschen Bundesbank (2004 – 2011),
Dr. rer. pol. (1987) der Universität Siegen

Interview, gewährt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 20. Oktober 2015.

Stabilitätsorientierung der Bundesbank aus tiefer Überzeugung

„Die Geldpolitik hat auf den schwersten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit reagiert und sie bleibt weiterhin handlungsfähig. Dennoch müssen wir sehen, dass die Wirksamkeit der ultralockeren Geldpolitik mit der Dauer abnimmt und gleichzeitig die Risiken und Nebenwirkungen wachsen. Ich denke hier zum Beispiel an Übertreibungen auf den Finanzmärkten und an die Probleme für Lebensversicherungen.

Auch darf das Eurosystem nicht zum Gefangenen der Politik werden. Wir Notenbankern müssen aus der expansiven Geldpolitik aussteigen können, wenn der Zeitpunkt gekommen ist. Und zwar auch dann, wenn sich die Politik daran stört, weil die Zinslast für die Staatsschulden steigt.“¹⁴ ...

Notenbanken können diese Probleme nicht lösen. Der Schlüssel zur Lösung der Euro-Krise liegt bei der Politik.¹⁵

Dr. Jens Weidmann,
Präsident der Deutschen Bundesbank.

Interview, gewährt der „Südwest Presse“ Ulm, 21. November 2015

² Ibid., S. 21

³ Ibid., S. 22

⁴ In: Deutsche Bundesbank, Eurosystem, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 49 vom 25. November 2015, S. 8

⁵ Ibid.

Vorbemerkung des Herausgebers

Herr Dr. Jens Weidmann hielt ein überzeugendes Plädoyer für eine mit Bedacht zu entwickelnde Architektur für eine europäische Währungsunion.

Architektur, so führte der Präsident der Deutschen Bundesbank auf dem ersten *CampusForum* an der Universität Siegen aus, beruht auf drei Prinzipien:

Firmitas, *Utilitas* und *Venustas*. Er identifizierte damit die tragenden Pfeiler, die einem Bauwerk Halt verleihen.

Das gilt vergleichsweise auch für die angestrebte „Europäische Architektur“, die im Rahmen der KSZE in einem „gemeinsamen Haus“ Europa gipfeln sollte, wie es seit dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ und, in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ im Jahre 1990 konkretisiert, angestrebt wird, was ich ergänzend hinzufügen möchte.

Die KSZE ist die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die im Jahre 1973 als ein Gesprächsforum für ost- und westeuropäische Staaten - Kanada und die U.S.A. einschließlich - gegründet worden war. In der Absicht, aufeinander zuzugehen, um den so genannten „Kalten Krieg“ zu beenden. Angestrebt wurde, in der „Schlußakte von Helsinki“ im Jahre 1975 vereinbart, gemeinsam an Projekten zu arbeiten, die zur Abrüstung beitragen sollten. Durch eine Zusammenarbeit in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur erhoffte man sich politisch mehr Sicherheit mit dem Ziele, den „Eisernen Vorhang“ durchlässiger zu machen, um durch die Verwirklichung der Menschenrechte die Zone des Friedens über den atlantischen Raum hinaus auch in den Ostblock hinein auszudehnen. Das ist in weiten Bereichen gelungen. Die Europäische Union besteht aus 28 Mitgliedstaaten, davon 19 mit dem EURO währungswirtschaftlich in der „Euro-Zone“ vereint.

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel, hat in ihrer Regierungserklärung am 29. Januar 2014 nachdenklich ausgeführt:

„Wir haben zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der nationale Entscheidungen jeweils Auswirkungen auf alle anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion haben, aber wir haben auch eine Währungsunion, deren wirtschaftspolitische Koordinierung nach wie vor überaus mangelhaft gestaltet ist.“

Dieses Projekt einer europäischen Währungsunion verheißt – so wie es jetzt handhabt wird – in der Tat wenig Zuversicht, lässt doch kein Geringeres als der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) bereits im Jahre 2012 in deutlichen Worten erkennen: die Europäische Zentralbank „macht sich jetzt zum Gefangenen der Politik.“ Kann es da um die Unabhängigkeit der EZB gut bestellt sein, wenn der für bedachte Äußerungen bekannte Herr Professor Otmar Issing erkennen lässt:

„Man hilft Europa nicht, wenn man Deutschland auch in Not bringt, indem es sich übernimmt mit immer mehr Haftung für die Schulden anderer.“ Folgerichtig plädiert Otmar Issing dafür, „Endlich Reformen durchzuführen, die dafür sorgen, dass das Wachstum in diesen Ländern (die sich über Gebühr verschulden, B. G.) gefördert wird. Denn ohne Wachstum geht es nicht“ (Die Welt, 10. August 2012, S. 17).

„Diese Unabhängigkeit ist sowohl im EG-Vertrag als auch in der ESZB-Satzung (Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken, B. G.) und nicht etwa im Sekundärrecht verankert und hat somit, verfassungsmäßigen Status“, wie Hanspeter K. Scheller („Die Europäische Zentralbank“, 2. Aufl., Frankfurt am Main, 2006, S. 135) betont.

Ist daher diese unabdingbare Unabhängigkeit, die nicht einem „Selbstzweck ... dient, ... sondern ... vielmehr unverzichtbar für eine Geld- und Währungsordnung“ ist (Scheller, *ibid.*), noch vorhanden?

Wie soll man diesen sehr beunruhigenden Befund deuten und Studierenden einen Ausweg aus diesem stabilitätspolitischen Irrweg verdeutlichen?

Was lag daher näher, als den Präsidenten der Deutschen Bundesbank zu fragen und ihn zu bitten, die zur Erhellung der Lage und die zur Erkenntnis führenden notwendigen Zusammenhänge aus erster Hand zu beleuchten.

Dieser Bitte gegenüber zeigte sich Herr Dr. Jens Weidmann sehr aufgeschlossen. So entstand das *CampusForum Siegen* im Rahmen der *Franz-Böhm-Kollegs* an der Universität Siegen.

Und der Gast tauchte ein „mitten ins normale universitäre Leben“, um nicht nur sein fachliches Wissen mit den Studierenden zu teilen, sondern auch um selbst zu erfahren, wie sie denken und wie sie auf seine Botschaft reagieren.

Lesen wir, was uns der Präsident der Deutschen Bundesbank, Herr Dr. Jens Weidmann, auf dem ersten *CampusForum* an der Universität Siegen sagte.

„Ein langfristiger Ordnungsrahmen für den Euro-Raum“ ist unabdingbar, damit die Geldpolitik sich nicht der Gefahr aussetzt, „vor den Karren der Finanzpolitik“ gespannt zu werden. Denn sonst hätte das zur Folge, dass „davon nämlich Gefahren für die Unabhängigkeit der Notenbank ausgehen,“ die doch „eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass der Wert des Geldes stabil gehalten werden kann“.

Wir haben auch von Herrn Dr. Weidmann erfahren, was die Entscheidungsträger tun können und sollten. Woran liegt es aber, dass sie es nicht tun?

Zur Lösung dieser Stabilitätskrise, die die EZB mit ausgelöst hat, gehört in der Tat „eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten von Geld- und Fiskalpolitik“, wie es die Unabhängigkeit der Geldpolitik zur Erreichung ihrer primären Zielsetzung gebietet, die das Eurosystem verfolgen soll.

Ist es doch „das vorrangige Ziel des ESZB, „die Preisstabilität zu gewährleisten.“ Und, „soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist“, soll das ESZB „im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ „die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft“ unterstützen, wie im „Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ ausgeführt wird (Vgl. Scheller, a. a. O., S. 199 f.).

Soeben zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, gewählt, wird Herr Dr. Weidmann auch in dieser höchst ehrenvollen Position seine aufrechte Stabilitätshaltung ordnungspolitisch geradlinig auf höchstem Niveau weltweit zu beweisen verstehen.

Mein besonderer Dank gebührt nicht nur Herrn Dr. Jens Weidmann, sondern auch Frau Andrea Memberger, die es vermochte, den Besuch des Herrn Bundesbankpräsidenten umsichtig in seinen Terminkalender so einzubauen, dass sich in Siegen ohne zeitlichen Druck eine gelöste Atmosphäre einstellen konnte, die es erlaubte, diesem Vortrag auch einen konstruktiven Gedankenaustausch mit den Studierenden folgen zu lassen. Und Frau Caroline Gierenstein sei gedankt, aus dem Redebeitrag ein Zeitdokument werden zu lassen.

Meinen Kollegen, den Professoren Jan Franke-Viebach und Hans Jürgen Schlösser, verdanken wir es, dass diese reguläre Vorlesung zu einem Erinnerungswürdigen Ereignis werden und die lebhafteste Diskussion sich effizient in geordneten Bahnen vollziehen konnte. Der Herr Bundesbankpräsident hätte nicht aufgeschlossener und freundlicher sein können und ein Kollege meinte zu dieser aufgeräumten Stimmung im Hörsaal: „Declarant gaudia vultu.“

Dem Herrn Kanzler, Herrn Ulf Richter, M.B.A., danke ich herzlich, als Schirmherr diesem *Franz-Böhm-Kolleg* wieder seine uneingeschränkte Aufmerksamkeit geschenkt zu haben.

Für die ergänzenden Einlassungen von Herrn Professor Volker Wulf und für den Essay von Herrn Notar Professor Frank Hartmann, die in diesem Band intellektuell einen Bogen um die unmissverständlichen Ausführungen des Herrn Bundesbankpräsidenten schlagen, sei sehr herzlich gedankt.

Netphen-Grissenbach, am 23. November 2015

Bodo Gemper

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	1
Prof. Dr. rer. pol. Dr. Com. Bodo Gemper Einführende Worte.....	1
Dr. rer. pol. Jens Weidmann Stabilitätspolitische Herausforderungen von Notenbanken: Preisstabilität und/oder Finanzstabilität	9
Ulf Richter, M. B. A. Kanzler der Universität Siegen Grüßwort und Tischrede.....	21
Prof. Dr. rer. nat. Volker Wulf Dekan der Fakultät III: Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsrecht Einige Bemerkungen zum Vortrag des Bundesbankpräsidenten Weidmann an der Universität Siegen	25
Kapitel 2	31
Dr. jur. Frank Hartmann Notar in Dresden Die Welt als Wille und Vorstellung - ein langer Abschied	31
Kleines Glossar geld- und finanzwirtschaftlicher Ausdrücke.....	42
Kapitel 3	44
Aus den Pressereaktionen	
„Gewonnenes Vertrauen“ Siegener Zeitung, Samstag, 24. Mai 2014, Hintergrund	44
Bundesbankpräsident überraschte Studierende Querschnitt. Die Zeitung der Universität Siegen, Nr. 5, Oktober 2014	47
Zum CampusForum (2) mit dem Chefvolkswirt der EZB	
Kein Patentrezept dabei Siegener Zeitung, Dienstag, 25. November 2014.....	50



Erste Begegnung und Einstimmung
Bürgermeister Steffen Mues, Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann,
Prof. Bodo Gemper (v. li.)



Professor Jan Franke-Viebach kündigt den Überraschungsgast an,
(v. li.) den Bundesbankpräsidenten Dr. Jens Weidmann,
begleitet von Prof. Bodo Gemper

Kapitel 1

Bodo Gemper

Einführende Worte

Sehr geehrter Herr Kanzler, sehr verehrter Herr Gründungsrektor, lieber Herr Professor Woll, verehrte Anwesende, - begrüßen wir jetzt alle zusammen den Präsidenten der Deutschen Bundesbank an der Universität Siegen!

Herzlich willkommen Herr Dr. Weidmann!

Mit dem Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Dr. rer. pol. Jens Weidmann, eröffne ich das erste *CampusForum Siegen*® im Rahmen der *Franz-Böhm-Kollegs* der Universität Siegen.

Den Ausführungen des Herrn Präsidenten wird ein Gedankenaustausch in diesem Hörsaal HC – 3305 folgen, in welchem ich auch den Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 1986, Professor James Buchanan, im Jahre 1993 begrüßen durfte.

- Lieber Herr Kollege Franke-Viebach, ich bedanke mich bei Ihnen für ihre einleitenden Worte und die großzügige Geste, Ihre heutige Vorlesung diesem besonderen Zweck zu öffnen: Und Sie sind in unserem Kollegium ein außergewöhnlicher Hochschullehrer, wurden Sie doch selbst aus der Deutschen Bundesbank zu uns berufen.
- Es gibt drei Glücksmomente für einen Hochschullehrer:
 - mit studierfähigen sowie studierbereiten Studierenden arbeiten und dieses zusammen
 - mit einigen engagierten, motivierten Kollegen tun zu dürfen. Aber auch hin und wieder einige
 - wohlmeinende Kapazitäten zu einem Vortrag für unsere Hochschule an der Sieg zu gewinnen und diese zu bitten, uns aus ihrem Wirken zu berichten.

Einen solchen Moment des Glücks empfinde ich jetzt!

- Ist Herr Dr. Jens Weidmann heute doch extra aus Frankfurt am Main zu uns gekommen, um uns als der erste Repräsentant der Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland aus erster Hand aus der „Werkstatt der Stabilität“ am Main zu berichten, und auch darüber zu sprechen, wie stabilitätspolitische Erkenntnisse und auf diesen beruhende Entscheidungen im Kontext des Europäischen Systems der Zentralbanken und des EURO-Systems zustande kommen und dann auch getroffen werden.
- Dass Herr Dr. Weidmann das vermag, und dass er es als Präsident der Deutschen Bundesbank auch darf, ist gar nicht so selbstverständlich, denn die

„Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“

Demgegenüber gebietet dasselbe Grundgesetz, wie wir soeben aus Art 88 erfahren haben, dass die *Deutsche Bundesbank* „unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet“ ist. Das gefiel Herrn Dr. Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, gar nicht. Er legte er diese – seine – Richtlinienkompetenz doch großzügig aus, – diese Kompetenz über die Deutsche Bundesbank ausdehnend.

Erinnern wir uns: Westdeutschland verfügte schon über eine vergleichbare Währungsbank, noch ehe die Bundesrepublik gegründet und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt worden war! Diese Zentralbank hieß „Bank deutscher Länder“, die als Zentralorgan alle diejenigen Notenbanken repräsentierte, die durch einen Verwaltungsakt der West-Alliierten bereits im Jahre 1948 in den Ländern der westlichen Besatzungszonen etabliert worden waren.

Diese am 26. Juli 1957 nunmehr in die Deutsche Bundesbank umgewandelte „Bank deutscher Länder“ zeichnete eines schon aus: auch sie war „von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.“ Und diese Unabhängigkeit wollte Herr Dr. Adenauer wissen. In dem gerade in Arbeit befindlichen Bundesbankgesetz fortgeschrieben.

Erfreulicherweise ist diese Unabhängigkeit gegenüber der Bundesregierung dann aber doch im § 12, der das Verhältnis dieser zentralen Notenbank zur Bundesregierung regelt, unmissverständlich klar festgeschrieben worden.

Dieses Phänomen Zentralbank vor der Gründung des Staates Bundesrepublik Deutschland existiert deshalb, weil die West-Alliierten unter entscheidender Führung der U.S.A. in den westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform durchführen, die wiederum von Ludwig Erhard am 20. Juni 1948, einen Tag vor ihrem in Kraft treten, eine entscheidende Weichenstellung erfährt.

Hat doch Professor Ludwig Erhard – die ihm als Direktor der Verwaltung für die Wirtschaft gebotene Chance mutig und entschlossen genutzt – auf dem Wege der Auflösung der Zwangswirtschaft eigenwillig eine gleichzeitige weitgehende Lockerung der Bewirtschaftung und der Preisbindung verkünden zu lassen. Dieser Beginn der „Politik der Sozialen Marktwirtschaft“, die Ludwig Erhard in den Westzonen einführt, ist der deutsche Anteil an der Währungs- und Wirtschaftsreform in Westdeutschland.

Mit zunehmender Liberalisierung der Wirtschaftsverhältnisse in Westdeutschland macht die neue „Deutsche Mark“, fest am „Zügel“ der Politik einer politisch unabhängigen Zentralbank, der *Bank deutscher Länder*, und dann seit 1957, der *Deutschen Bundesbank*, eine steile Karriere „vom Besatzungskind zum Weltstar“ (Hans Roeper).

Dieses soeben kurz skizzierte ordnungspolitische und währungsgeschichtliche Bild vor Augen, schließe ich zusammenfassend:

- Während Herr Professor Ludwig Erhard für das ordnungspolitische Leitbild einer freiheitlich-demokratischen Wettbewerbsordnung bei einer stabilen Währung - der Deutschen Mark - im geteilten Deutschland steht, und diese als Bundesminister für Wirtschaft selbst tatkräftig verteidigt und unnachgiebig erfolgreich zur „harten Mark“ reifen lässt, tritt auch heute Herr Dr. Jens Weidmann mit gleichem Mut und Überzeugungswillen als Präsident der Deutschen Bundesbank im nunmehr vereinten Deutschland und bei inzwischen sogar einer gemeinsamen europäischen Währung, ebenso entschlossen dafür ein, dass auch „Marktwirtschaftliche Prinzipien in der Währungsunion“ respektiert werden und der EURO eine starke Währung bleibt.

Stellt er doch unmissverständlich fest:

„Marktwirtschaftliche Prinzipien haben indes nicht nur das Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik geprägt, sie sind auch tragende Säulen der Europäischen Integration“ (Weidmann 2014).

Mehr noch: Herr Dr. Weidmann, Sie sind in meinen Augen sogar der Prototyp eines Verfechters der Stabilitätspolitik, da Sie doch den Gegebenheiten des sich wieder vereinigenden Deutschlands im gleichzeitig sich zu einer europäischen Stabilitätsgemeinschaft im sich formierenden europäischen Einigungswerk unnachgiebig und konsequent Rechnung tragen. Haben Sie sich sogar in Ihrer Dr.-Dissertation der „Geldpolitik und der europäischen Währungsintegration“ gewidmet und Ihre Ergebnisthesen bei dem hervorragenden Bonner Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbes. Geldtheorie und Geldpolitik, Herrn Manfred J. M. Neumann, erfolgreich verteidigt. Bei einem Universitätsprofessor, der den Grund für sein wissenschaftliches Wirken auch bei der Deutschen Bundesbank gelegt hat.

Herzlichen Dank meine Damen und Herren für Ihre mir entgegengebrachte gespannte Aufmerksamkeit! Darf ich Sie, Herr Dr. Weidmann, jetzt um Ihr Wort bitten!

Literatur:

- Ludwig Erhard: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf & Wien, Frankfurt/Main 1962
Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle. Bearbeitet von Wolfram Langer, Düsseldorf & Wien 1957



Am Beginn

Kanzler Ulf Richter, Bundesbankpräsident Jens Weidmann



In gespannter Erwartung

Gründungsrektor Prof. Artur Woll, Dekan Prof. Volker Wulf



Der Bundesbankpräsident wendet sich an die Studentinnen und Studenten

Jens Weidmann

Stabilitätspolitische Herausforderungen von Notenbanken: Preisstabilität und/oder Finanzstabilität

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Prof. Gemper, vielen Dank für die freundliche Einladung und für den einleitenden historischen Abriss zur Unabhängigkeit der Bundesbank. Sehr geehrter Herr Richter, sehr geehrter Herr Prof. Woll, sehr geehrter Herr Prof. Franke-Viebach, danke, dass Sie Ihre Vorlesung für die heutige Veranstaltung geopfert haben; meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Studentinnen und Studenten, ich freue mich, zur Währungsunion und zur Rolle der Notenbank zu sprechen und anschließend mit Ihnen zu diskutieren.

Diese Veranstaltung ruft Erinnerungen wach: meine letzte Vorlesung als Dozent ist mittlerweile 10 Jahre her, während meine Studentenzeit bereits im letzten Jahrhundert liegt.

Die Atmosphäre hier und heute wird nicht nur durch die vielen jungen Gesichter im Publikum geprägt, sondern auch durch die besondere Zweckmäßigkeit die Universitätsgebäuden häufig zu eigen ist. Diese Zweckmäßigkeit ist natürlich kein Zufall.

Bereits im Jahr 84 vor Christus stellte der römische Architekt Vitruv, von dem das einzige bis heute erhalten gebliebene Werk der antiken Architekturtheorie stammt, bezogen auf den Hausbau fest: „Architektur beruht auf drei Prinzipien: Firmitas (Festigkeit, Stabilität), Utilitas (also Zweckmäßigkeit, Nützlichkeit) und Venustas (Anmut, Schönheit)“

Diese Prinzipien haben sich seit über 2000 Jahren für den Hausbau bewährt und fanden auch in der Bauweise des AVZ (Allgemeines Verfügungszentrum) Anwendung. Zugegeben, über die Schönheit des Gebäudes lässt sich streiten, aber vielleicht war dies auch gar nicht die vorrangige Absicht des Architekten.

Das trifft übrigens auch auf die Bundesbank-Zentrale in Frankfurt zu: unser 13 Stockwerke hohes Hauptgebäude wird in der Presse gerne als „Betonkoloss“ oder „Betonriegel“ bezeichnet, das „wie eine Trutzburg“ im Frankfurter Norden steht und „mehr durch Masse als durch Eleganz besticht“. Wie Ihr AVZ wurde es in den 1970ern erbaut. Es ist der Stilrichtung des „Brutalismus“ zuzuordnen. Brutalismus klingt schlimmer, als es ist – der Begriff des „beton brut“, des „rohen Beton“, wurde durch den französischen Architekten Le Corbusier geprägt.

Positiv gewendet könnte man auch sagen, der Architekt des Bundesbankgebäudes hätte die Standfestigkeit der Deutschen Bundesbank in geldpolitischen Fragen versinnbildlichen wollen.



Bundesbankpräsident Dr. Weidmann in seinem Element

2. Die Architektur der Währungsunion

Diese drei Prinzipien der Architektur gelten mit gewissen Einschränkungen auch für die Europäische Währungsunion, unter deren Dach die Mitgliedstaaten in einer Art Hausgemeinschaft zusammenleben.

Utilitas: Die Währungsunion hat unbestrittene Vorteile für ihre Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Venustas: Dieses Kriterium lässt sich nur eingeschränkt anwenden, da die Währungsunion ein abstraktes Gebilde ist. Und selbst wenn ihre Konstruktion sichtbar wäre, liegt Schönheit bekanntermaßen im Auge des Betrachters.

Und schließlich **Firmitas:** Die Bedeutung dieses Prinzips der Stabilität ist seit Krisenbeginn ins Bewusstsein gerückt und wird im Fokus meiner weiteren Ausführungen stehen.

Die Architektur der Währungsunion beruht wiederum auf vier tragenden Eckpfeilern.

1. Die Währungsunion ist eine einzigartige Konstruktion aus einer gemeinsamen Geldpolitik und mittlerweile 19 nationalen Finanzpolitiken. Das ist eine besondere Herausforderung, da die Entscheidung über die öffentlichen Ausgaben und die zur ihrer Finanzierung notwendigen Schuldenaufnahme in der Hand der nationalen Regierungen verbleibt, die Länder aber eben über die gemeinsame Geldpolitik untereinander verbunden sind. Dabei ist zu beachten, dass politische Prozesse leicht zu steigenden Ausgaben und damit auch zu übermäßiger Verschuldung führen können. Dieser Verschuldungsanreiz wird in der Währungsunion noch verstärkt, weil die Folgen unsolider Politik besser auf andere überwältigt werden können.
2. Um fiskalischen Fehlentwicklungen vorzubeugen, hat man sich auf Fiskalregeln und andere Regeln mit konkreten Verschuldungsgrenzen geeinigt. Dadurch soll vermieden werden, dass die Regierungen Druck auf die Geldpolitik ausüben, etwa weil niedrigere Zinsen eine kostengünstigere Neuverschuldung der Staaten ermöglichen und eine höhere Inflationsrate die bestehenden Schulden entwertet.
3. Um die nötige Marktdisziplin (das heißt, schlechtere Fiskalpolitik wird durch höhere Finanzierungskosten bestraft) als Ergänzung zu den Fiskalregeln zu gewährleisten, sieht der Maastricht-Rahmen einen weitgehenden Haftungsausschluss vor. In den Verträgen wurde 1992 festgeschrieben, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes oder der Staatengemeinschaft einstehen soll. Das entspricht dem Haftungsprinzip des bekannten Ordoliberalen Walter Eucken: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“. Wer aber den Schaden tragen muss, trifft verantwortungsvolle Entscheidungen.
4. Weil auch über die Notenbankbilanzen Haftungsrisiken vergemeinschaftet werden können, ist es den Notenbanken des Eurosystems untersagt, Euro-

Staaten direkt zu finanzieren. In Verbindung mit der Notenbankunabhängigkeit, erlaubt ihnen dieses Verbot der monetären Staatsfinanzierung, das Primärziel der Preisstabilität bestmöglich zu verfolgen. Das entspricht den Erfahrungen der 70er und 80er Jahre: unabhängige Notenbanken, die nicht im Schlepptau der Finanzpolitik waren, konnten Geldwertstabilität gewährleisten, ohne, dass das Wirtschaftswachstum darunter litt.

In den ersten Jahren nach ihrer Errichtung war die Währungsunion scheinbar ein voller Erfolg. Die meisten Mitgliedsländer freuten sich über kräftiges Wirtschaftswachstum und zunehmenden Wohlstand bei einer geringen durchschnittlichen Inflationsrate im Euro-Raum. Allerdings war der Boom in den heutigen Krisenländern auf Pump finanziert, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor.

Die Krisenbeben erschütterten das Haus der Währungsunion in seinen Grundfesten und legten nationale Fehlentwicklungen und die Schwächen des europäischen Ordnungsrahmens offen. Bildlich gesprochen bekamen die Eckpfeiler des Hauses Risse. Die Statik des Gebäudes war gefährdet, manche sahen sogar die Gefahr eines Auseinanderbrechens.

Die Krise hat verschiedene Ursachen, sodass Lösungen in verschiedenen Bereichen ansetzen müssen. Drei dieser Reformbaustellen möchte ich im Folgenden näher beleuchten: Schwächen im *Bankensystem* lösten die Krise aus, und Schwächen im *Ordnungsrahmen* der Währungsunion ermöglichten erst die *Fehlentwicklungen* in den *Mitgliedstaaten*, welche dafür verantwortlich waren, dass sich die Finanzmarktkrise zu einer Staatsschuldenkrise ausweitete, von der sich der Euro-Raum nur allmählich erholt.

Um eine Verschärfung der Krise zu verhindern, wurden auch zahlreiche Krisenmaßnahmen eingeleitet. So gewährten die Mitgliedstaaten zunächst Griechenland bilaterale Kredite. Außerdem wurde der Europäische Finanzmarktstabilisierungsfonds gegründet, der neben Griechenland auch Irland und Portugal finanziell zur Seite sprang. Dieser Fonds wurde später durch den permanenten Europäischen Stabilisierungsmechanismus abgelöst.

Aber auch die Notenbanken des Eurosystems leisteten einen Beitrag: mit einer sehr expansiven Geldpolitik sowie verschiedenen unkonventionellen Maßnahmen verschafften sie als Nebeneffekt der Politik Zeit, um notwendige Reformen in Gang zu setzen.

All die Rettungsmaßnahmen hatten aber auch Nebenwirkungen. Einige dieser Krisenmaßnahmen höhlten die tragenden Prinzipien der Währungsunion weiter aus. Zum Beispiel, weil sie das Element der Gemeinschaftshaftung stärkten, ohne im Gegenzug entsprechende Kontrollrechte auf europäischer Ebene zu etablieren, oder weil sie den Grenzbereich des geldpolitischen Mandats berührten. Wenn aber Haftung und Kontrolle dauerhaft auseinander fallen, werden Fehlanreize gesetzt, die die Statik des Gebäudes zusätzlich beschädigen.

Zur nachhaltigen Überwindung der Krise müssen nationale Fehlentwicklungen behoben werden, der Ordnungsrahmen der Währungsunion gestärkt und das Finanzsystem stabiler aufgestellt und besser reguliert werden. Außerdem muss die verhängnisvolle Verknüpfung von maroden Bankbilanzen und unsoliden Staatsfinanzen durchbrochen werden.

3. Reform des Ordnungsrahmens

Bei der Krisenbewältigung müssen wir sorgfältig unterscheiden zwischen kurzfristigen Krisenmaßnahmen, die das Haus lediglich abstützen, und mittel- bis langfristigen Reparaturarbeiten, die die Widerstandsfähigkeit gegenüber erneuten Krisenbeben stärkt. Letzteres bedeutet, dass das Rahmenwerk der Europäischen Währungsunion umgebaut werden muss, um die rissigen Pfeiler und Mauern nachhaltig zu stabilisieren.

Grundsätzlich sind zwei Wege denkbar, um Haftung und Kontrolle wieder ins Gleichgewicht zu bringen:

Der erste Weg ist die Verwirklichung einer echten Fiskalunion, womöglich sogar einer politischen Union. Hierbei wären Haftung und Kontrolle auf europäischer Ebene angesiedelt. Dazu wäre aber eine weitreichende Abgabe nationaler Souveränität erforderlich – und ich habe Zweifel, ob der Wille dazu bei Politik und Bevölkerung in Europa derzeit vorhanden ist und ob die Stabilitätsorientierung sichergestellt bleibt. Außerdem wären umfassende rechtliche Änderungen in den europäischen Verträgen und auch in nationalen Verfassungen notwendig.

Der zweite Weg ist die Härtung des bestehenden Maastricht-Rahmens. Dem Haftungsprinzip würde so wieder mehr Geltung verschafft werden, indem die finanzpolitische Eigenverantwortung unterstrichen wird.

Mit den neuen Fiskalregeln und dem Verfahren zur Erkennung und Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte ist Europa hier einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Allerdings müssen diese Regeln auch durchgesetzt werden. Die ersten Erfahrungen sind hier eher von zahlreichen Verschiebungen der Ziele, viel diskretionärem Spielraum und einer hohen Komplexität der Entscheidungsfindung dominiert. Vorsichtig ausgedrückt bleibt also offen, ob die Bindungswirkung der neuen Regeln stärker ist als die der alten, ob das neue Regelwerk auch tatsächlich gelebt wird. Hier steht die Europäische Kommission in der Pflicht, aber auch die Regierungen der großen Länder mit ihrer Vorbildfunktion für die restlichen Mitgliedstaaten.

Eine konsequente Einhaltung des Haftungsprinzips bedeutet in letzter Konsequenz aber auch, dass Insolvenzen möglich sein müssen – sowohl von Banken als auch von Staaten, und zwar ohne dass das Finanzsystem dabei zusammenbricht.

3.1. Die Bankenunion als wesentlicher Stützpfeiler

Ein wesentlicher zusätzlicher Stützpfeiler im gehärteten Maastricht-Rahmen ist auch die Europäische Bankenunion. Es ist mir wichtig zu betonen, dass die Bankenunion keine Lösung für die derzeitigen Probleme der Mitgliedstaaten ist, sondern helfen

kann, zukünftigen Krisen vorzubeugen. Die Bankenunion besteht aus zwei Elementen.

Die gemeinsame Bankenaufsicht (SSM) stellt einheitlich hohe Aufsichtsstandards sicher. Sie wird voraussichtlich im November dieses Jahres starten, die Aufbauarbeiten laufen bereits auf Hochtouren.

Der gemeinsame Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus (SRM) sorgt dafür, dass nicht-überlebensfähige Institute geordnet vom Markt genommen werden können, sofern hierdurch die Finanzstabilität nicht gefährdet wird. Hierfür wurde im März eine politische Einigung erreicht, die das Europäische Parlament am 15. April 2014 verabschiedet hat. Die Bundesbank begrüßt es, dass wesentliche Teile der Bankenunion nun in Kraft treten können und Banken in Schieflage geordnet abgewickelt werden können.

Künftig werden gemäß dem Haftungsprinzip vorrangig die Eigentümer und Gläubiger an den Kosten beteiligt. Erst danach springt ein europäischer Abwicklungsfonds ein, der sich aus Beiträgen der Banken speist. Der Steuerzahler wird nur in allerletzter Instanz zahlen müssen.

SSM und SRM bilden eine sinnvolle Einheit, die in der Haftung und Kontrolle ausbalanciert sind. Denn europäisch beaufsichtigte Institute sollten auch auf europäischer Ebene abgewickelt werden.

Die Bankenunion darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, um die unter nationaler Verantwortung entstandenen Kapitallücken zu vergemeinschaften. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die laufende Bilanzprüfung der 128 SSM-Banken, die mögliche Altlasten feststellen soll, konsistent, transparent und streng durchgeführt wird, damit der SSM nicht mit einer schweren Hypothek startet. Die möglicherweise aufgedeckten Kapitallücken sind von den Banken aus eigener Kraft zu schließen. Sollte dies nicht möglich sein und sollte das Institut über ein tragfähiges Geschäftsmodell verfügen, kann eine Rekapitalisierung durch den jeweiligen Staat erfolgen. Damit ist der Gleichlauf von Haftung und Kontrolle gewährleistet.

Aus dem gleichen Grund ist auch eine gemeinsame Einlagensicherung, die oft als dritter Baustein der Bankenunion genannt wird, erst langfristig denkbar. Zurzeit bestehen noch zu viele nationale Einflüsse auf die wirtschaftliche Lage der Banken, als dass die Lasten möglicher Bankinsolvenzen im Wege einer europäischen Einlagensicherung vergemeinschaftet werden sollten.

3.2. Regulatorische Flankierung und strukturelle Reformen in den Krisenländern

Die Bankenunion soll sicherstellen, dass Banken ihre Verluste in Zukunft selbst tragen und im Fall der Fälle aus dem Markt ausscheiden können. Aber erst wenn das Haftungsprinzip auch in Bezug auf Staaten Anwendung findet, ist die Statik der Währungsunion umfassend gegen mögliche Beben geschützt.

Die enge Verbindung von Banken und Staaten wirkte in der Krise in zwei Richtungen: strauchelnde Banken mussten mit Steuergeldern gerettet werden, was einige Länder stark in Bedrängnis brachte. Marode Staatsfinanzen brachten wiederum die Banken in Schwierigkeiten, die große Mengen an Staatsanleihen in ihren Büchern hielten, die beträchtlich an Wert verloren hatten. Manche Krisenmaßnahmen des Eurosystems haben in der Tendenz dazu geführt, dass sich die Banken noch stärker mit hochverzinslichen Anleihen von Krisenstaaten vollgesogen haben. Das hat ihre Anfälligkeit noch erhöht.

Um die enge Verbindung von Staaten und Banken zu durchbrechen, ist eine flankierende Bankenregulierung notwendig. Beispielsweise müssen die Anforderungen des Basel III-Regelwerks in den Mitgliedstaaten zügig umgesetzt werden, damit die Banken zukünftig mehr Eigenkapital halten.

Im Hinblick auf Eigenkapitalvorschriften sollte außerdem die regulatorische Bevorzugung von Staatsanleihen gegenüber Ausleihungen an Unternehmen oder private Haushalte abgeschafft werden. Bislang müssen die Banken im Euro-Raum für Ausleihungen an Euro-Länder kein Eigenkapital hinterlegen, da diese als risikolos gelten. Die Staatsschuldenkrise hat aber gezeigt, dass dies keineswegs der Fall ist.

Deswegen plädiere ich dafür, Staatsanleihen künftig risikoadäquat mit Eigenkapital zu unterlegen. Zusätzlich sollten für sie – genau wie für Ausleihungen an Private – Kreditobergrenzen gelten, um Klumpenrisiken zu vermeiden. Mir ist klar, dass eine solche Neuregelung, sollte sie schlagartig in Kraft treten, dazu führen kann, Finanzierungsprobleme der Krisenstaaten zu verschärfen. Deshalb halte ich Übergangsfristen für angemessen. Aber solche Bedenken sollten die europäischen Politiker nicht davon abhalten, bereits heute das langfristige Richtige zu beschließen.

Zusätzlich müssen wir nationale Fehlentwicklungen korrigieren, um die Währungsunion auf den Weg in eine Stabilitätsunion zu führen. Die Haushalte müssen konsolidiert und die hohe öffentliche und private Verschuldung abgebaut werden. Das sind Grundvoraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Um wieder auf einen Wachstumskurs zurückzukehren, haben die Krisenländer zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zahlreiche strukturelle Reformen unternommen. Erste Erfolge zeigen sich: Die Leistungsbilanzdefizite der EWU-Peripherieländer haben sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren bereits spürbar verringert oder sind sogar in Überschüsse umgeschlagen. Und auch die Lohnstückkosten sind schon deutlich gesunken.

Trotz erster Erfolge ist der Anpassungsweg aber noch lang. Die Reformbereitschaft darf nicht erlahmen. Beispielsweise hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch die angestoßenen Reformen bereits verbessert, aber wir rechnen in den Peripherieländern noch mit einem zusätzlichen Anpassungsbedarf der relativen Preise in Höhe von 10 bis 15 %. Bildlich gesprochen haben wir damit ungefähr die Hälfte der Wegstrecke hinter uns gebracht.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen bestehen aber keineswegs nur in den Krisenländern, sondern auch in Deutschland. Die fortschreitende Globalisierung, energiepolitische Verschiebungen, eine hohe Staatsverschuldung und die Alterung der Gesellschaft werden auch oder sogar gerade Deutschland fordern – selbst dann, wenn die derzeitige Krise und ihre Lasten zügig überwunden werden. Das sind die großen Herausforderungen der nächsten Jahre, denen sich die deutsche Politik stellen muss.

Der Euro-Raum wird nur dann stabil sowie stark und wirtschaftlich leistungsfähig sein, wenn es auch seine einzelnen Mitgliedstaaten sind.

4. Die Rolle der Geldpolitik

Der Schlüssel zur nachhaltigen Überwindung der strukturellen Probleme in den Mitgliedstaaten und im Finanzsystem liegt bei der Politik und nicht bei den Notenbanken.

Lassen Sie mich, bevor ich auf die Rolle der Geldpolitik zu sprechen komme, kurz noch einmal auf das Architekturprinzip *Firmitas* (Stabilität) eingehen.

Es gibt verschiedene Aspekte von Stabilität. Dazu gehören beispielsweise ein stabiles Preisniveau, solide Staatsfinanzen und ein krisenresistentes Bankensystem, also Finanzstabilität.

Die Preisstabilität zu gewährleisten, ist die Aufgabe der Notenbank. Die anderen beiden Aspekte sind zwar Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geldpolitik, können aber nicht von der Notenbank geschaffen werden.

Ein Beispiel: Ein funktionierendes Bankensystem ist wichtig, weil geldpolitische Impulse wie Zinsänderungen über die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft weitergegeben werden – gerade in einem Land wie Deutschland mit seinem vor allem bankbasierten Finanzsystem. Niedrige Zinsen ermöglichen einerseits günstige Investitionen, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Bleiben sie jedoch über einen längeren Zeitraum sehr niedrig, kann die „Suche nach Rendite“ die Finanzakteure zu riskanten Geschäften verleiten, die letztlich die Finanzstabilität beeinträchtigen können.

Die Geldpolitik agiert also in einem Spannungsfeld verschiedener Stabilitätsaspekte. Die Krise hat gezeigt, dass die Geldpolitik nicht nur die Preisstabilität, sondern auch die Finanzstabilität im Auge behalten soll. Mittlerweile ist es Konsens, dass Notenbanken ein sogenanntes *makroprudenzielles* Mandat haben sollten.

So haben wir inzwischen auf europäischer Ebene den Europäischen Systemrisikopräventivrat (ESRB) und in Deutschland seit 2013 den Ausschuss für Finanzstabilität. In beiden Fällen sind die Notenbanken maßgeblich beteiligt.

Da makroprudenzielle Maßnahmen mit massiven Umverteilungswirkungen verbunden sein können, sollte die Entscheidung über ihren Einsatz einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen – und nicht etwa von unabhängigen Notenbanken getroffen werden. Denn dies könnte letztlich die Unabhängigkeit der Notenbanken gefährden.

Es ist auch unstrittig, dass die Finanzstabilitätspolitik ein eigenes Instrumentarium benötigt. Der makroprudenzielle Instrumentenkasten der Finanzstabilitätspolitik, wie zum Beispiel antizyklische Eigenkapitalpuffer für Banken, ist allerdings „work in progress“ und noch nicht praxiserprobt.

Die Notenbanken tragen außerdem über den SSM eine Mitverantwortung bei der Bankenaufsicht, die unmittelbaren Einfluss auf die Finanzstabilität hat. Zielkonflikte lassen sich hier allerdings nicht von vornherein ausschließen. Schließlich beeinflusst das Hauptinstrument der Geldpolitik, der Zins, auch die Finanzierungsbedingungen der Banken.

Hier muss klar sein, dass das Eurosystem mit seiner Geldpolitik eindeutig auf Preisstabilität ausgerichtet ist. Das Primärziel der Geldpolitik darf nicht relativiert werden. Darin ist sich der EZB-Rat einig. Andernfalls könnte die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik gefährdet werden.

Wir dürfen als Geldpolitik aber auch nicht an der Seitenlinie stehen und zusehen, wie sich die nächste Krise zusammenbraut. Mit geldpolitischen Instrumenten sollten wir sich aufbauenden finanziellen Ungleichgewichten dann entgegenstellen, wenn sich daraus Risiken für die Geldwertstabilität abzeichnen. Doch Zinserhöhungen würden nicht nur den einen Teilmarkt treffen, auf dem sich dann mögliche Ungleichgewichte aufbauen, sondern die gesamte Wirtschaft. Makroprudenzielle Instrumente versprechen eine höhere Genauigkeit, sie sollten daher bei Risiken für die Finanzstabilität die erste Verteidigungslinie bilden. Das gilt besonders in einem heterogenen gemeinsamen Währungsraum.

Genauso, wie sich die Geldpolitik mit Blick auf die Finanzstabilität nicht davon abhalten lassen darf, das aus Sicht der Preisstabilität Nötige auch zu tun, dürfen Sorgen über die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten oder über deren Solvenz die Geldpolitik nicht vom gebotenen Kurs abbringen.

So wäre es sicher nicht sinnvoll, wenn die Geldpolitik ein Wechselkursziel verfolgt, um einen schwachen Euro durchzusetzen. Damit würde sie Handlungsdruck von Politik und Wirtschaft nehmen, für dauerhaft wettbewerbsfähige Strukturen zu sorgen. Eine Abwertungspolitik hat keinem Land langfristig geholfen.

Die Geldpolitik darf auch nicht den Einflüsterungen der Politiker erliegen und an der Niedrigzinspolitik für einen längeren Zeitraum festzuhalten als es für die Sicherung der Preisstabilität notwendig wäre, um die Staatsschulden im Euro-Raum tragbarer zu machen. Das Eurosystem würde sich dann in ein Regime fiskalischer Dominanz

begeben und gegen sein Mandat verstoßen. Damit würden wir das Vertrauen der Bürger in die Stabilitätsorientierung der Notenbanken aufs Spiel setzen; sie vertrauen darauf, dass die Geldpolitik unverrückbar am Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtet ist. Letztlich würden wir unser wichtigstes Kapital verspielen, denn Geld ist nun mal nichts anderes als geronnenes Vertrauen.

Die in den Europäischen Verträgen festgeschriebene Unabhängigkeit der Notenbanken ist kein Selbstzweck, sondern soll der Gefahr fiskalischer Dominanz begegnen. Und es lässt sich empirisch zeigen, dass unabhängige Notenbanken erfolgreicher das Preisniveau stabil halten können als abhängige Notenbanken. Das Gegenstück zur Unabhängigkeit ist, dass das Eurosystem die engen Grenzen respektiert, die die Europäischen Verträge der Geldpolitik setzen. Andernfalls riskiert es, dass seine Unabhängigkeit in Frage gestellt wird.

Ein Wort noch zu den immer wieder zu hörenden Forderungen, dass die Geldpolitik noch mehr tun solle. Die Geldpolitik ist bereits sehr expansiv, und das ist angesichts niedriger Preissteigerungsraten und des Inflationsausblicks auch angemessen. Derzeit ist keine Deflationsgefahr für den Euro-Raum erkennbar. Allerdings werden die Preise wohl auf absehbare Zeit nur wenig zunehmen.

Sollte der erwartete Preisauftrieb im Euro-Gebiet weiter nachlassen, verfügt das Eurosystem über Instrumente, um dauerhaft sehr niedrige Inflationsraten zu bekämpfen. Viele dieser Instrumente sind aber geldpolitisches Neuland; man sollte bei der Diskussion um ihren Einsatz stets die Effektivität der Maßnahmen und ihre Risiken und Nebenwirkungen abwägen.

5. Schluss

Die strukturellen Reformen der Länder sowie Reformen des Ordnungsrahmens müssen also entschlossen vorangetrieben werden, um die Statik des „Hauses Europa“ zu verbessern. Die Bankenunion stabilisiert seine Architektur und hilft, gegenüber zukünftigen Krisen widerstandsfähiger zu werden.

Wenn die Arbeiten auf diesen Reformbaustellen entschlossen fortgesetzt und fertiggestellt werden, wird damit nicht nur das Architekturprinzip Firmitas (Stabilität) erhöht.

Die Reformen fördern auch Utilitas (die Nützlichkeit), wenn die Länder der Währungsunion den Krisenmodus verlassen und die Vorteile der gemeinsamen Währung für alle wieder erkennbar werden.

Eine Währungsunion als Stabilitätsunion trägt letztlich auch Venustas (der Schönheit) Rechnung – zumindest in den Augen eines konservativen Notenbankers.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und überbebe nun das Wort an unseren Moderator, Herrn Prof. Schlösser.



Im Erklärungsmodus 1



Im Erklärungsmodus 2

Ulf Richter

Grußwort und Tischrede

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

sehr verehrter Herr Dr. Weidmann!

Seit über 15 Jahren gehört das Franz-Böhm-Kolleg zu den herausragenden wissenschaftlichen Vortragsveranstaltungen an der Universität Siegen.

Stets haben besondere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auf Einladung unseres sehr geehrten Herrn Professor Dr. Gemper den Weg nach Siegen gefunden und sind mit ihren Zuhörern in einen Dialog getreten.

Im Jahr 2012 begrüßte die Universität Siegen, dem Jahr ihres 40-jährigen Bestehens anlässlich des fünfzehnten Franz-Böhm-Kollegs neben dem Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Shanghai, Herrn Dr. Wolfgang Röhr, die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Frau Christine Lieberknecht, die auf dem vierzehnten Franz-Böhm-Kolleg mit Ihrem Vortrag "Bildung der Persönlichkeit – dem Spannungsbogen zwischen Bund und Ländern" gesprochen hat. In den Jahren zuvor hatten mit Herrn Prof. Dr. med. Wolfgang Böhmer (2002-2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt), Herrn Professor Bernhard Vogel (1992 – 2003 Ministerpräsident von Thüringen) und Herrn Professor Kurt Biedenkopf (1990 – 2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen) bereits eine Reihe hochrangiger Persönlichkeiten aus der Politik dem Franz-Böhm-Kolleg eine Wertigkeit verliehen, die uns als Universität ganz besonders ehrt. Nun deutet es sich in diesem Jahr an, dass sich diese Serie fortsetzt: Denn mit Herrn Professor Hans Tietmeyer war im Jahr 1995 bereits ein Präsident der Deutschen Bundesbank zu Gast in Siegen.

Es ist Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Gemper, erneut dafür zu danken, dass Sie es - der Tradition des Franz-Böhm-Kollegs folgend - auch in diesem Jahr verstanden haben, mit Herrn Dr. Weidmann einen herausragenden Dozenten und ganz besonderen Gesprächspartner nach Siegen zu holen.

Wir freuen uns und sind geehrt, dass Sie, sehr geehrter Herr Bundesbankpräsident, Ihrerseits die Einladung nach Siegen angenommen haben, um sich Zeit für einen Gedankenaustausch mit Studierenden und Lehrenden der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Siegen zu nehmen.

Ihr Vortrag zur Bedeutung der Finanzstabilität – der Ihnen ebenso unterhaltsam wie spannend gelungen ist und für den ich mich im Namen aller Ihrer Zuhörer noch einmal besonders bedanken möchte – bietet an vielen Stellen interessante gedankliche Anknüpfungspunkte, um auch die aktuelle Situation unserer Siegener

Universität zu illustrieren. Ich greife gerne die von Ihnen bemühten architektonischen Prinzipien auf: „Firmitas“, „Utilitas“ und „Venustas“.

Es trifft sich, dass eines dieser Prinzipien – nämlich Venustas, die Anmut und Schönheit – zumindest in Bezug auf die von der Universität genutzten Gebäude weiterhin positiv entwickelt werden kann. Wird doch die Universität in Kürze das modernisierte Untere Schloss im Herzen der Siegener Innenstadt beziehen und auch mit einem Neubau auf dem Campus Haardter Berg neue Maßstäbe setzen, was die Vereinbarkeit von Zweckmäßigkeit und Schönheit angeht. Mit dem Neubau des Allgemeinen Verfügungszentrums (AVZ) auf dem Campus Adolf Reichwein ist es sicherlich gelungen, zumindest diesbezüglich auch den zitierten architekturtheoretischen Ansprüchen zu genügen.

Nicht ganz so zuversichtlich möchte ich mich zu der Frage nach der Stabilität der Hochschulfinanzierung äußern. Sie spiegelt im Kleinen das wider, was Sie, Herr Dr. Weidmann, in den Mittelpunkt Ihres Vortrags gestellt haben. Es ist in erster Linie die Finanzpolitik einer Landesregierung, die über die Zukunft und das Schicksal des universitären Bildungssystems in NRW entscheidet. Leider drängt sich aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren immer mehr die Frage auf, inwiefern von einer stabilen Finanzierung der Universitäten überhaupt noch geredet werden darf.

Nach dem „Prinzip Hoffnung“ (Ernst Bloch) könnte man wohl noch behaupten: Ein stabiles System neigt dazu, seinen momentanen Zustand beizubehalten. Es ist reiner Zweckoptimismus, der mich vom Sarkasmus abhält. In diesem Sinne trifft dies zumindest der Höhe nach seit Jahren auf den Grundhaushalt der Universitäten in Nordrhein-Westfalen zu, denn dieser stagniert bereits, finden doch steigende Kosten für Energie, Versorgung und Erhalt und bei ständig wachsenden Studierendenzahlen an unseren Universitäten keine Berücksichtigung. Die finanzielle Unsicherheit der Universitäten aufgrund der Vielzahl der zeitlich immer wieder aufs Neue befristeten Sondermittel, die in Abhängigkeit unterschiedlicher Parameter zugeteilt werden bzw. in Konkurrenz untereinander von den nordrhein-westfälischen Hochschulen einzuwerben sind, kommt hinzu und macht die Universitäten und damit die Qualität von Wissenschaft und Lehre in zu hohem Maße von der Finanzpolitik des Landes abhängig. Im Ergebnis macht dies auch die Forschung nicht nur von politischen Modethemen und industriellen Drittmitteln finanziell abhängig, was mit Blick auf die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Wissenschaft diese in Frage stellt.

Eine verlässliche und stabile Grundfinanzierung ist für die Universitäten des Landes eine *conditio sine qua non*, was heißt, dass nur eine auskömmliche Finanzierung, also ein im Verhältnis zu den gesetzlich zugeschriebenen Aufgaben angemessener Grundhaushalt, Unabhängigkeit gewährleisten muss. Wissenschaft und Lehre müssen unabhängig sein von politischen Entwicklungen.

Das deutsche System, bestehend aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, mit der Grundfinanzierung und der Projektförderung bietet der Politik hinreichend Möglichkeiten, politisch motivierte Themen in besonderer Weise zu fördern. Grundständige Aufgaben der Universitäten, zu denen Forschung und Lehre als eine Einheit gehören, dürfen keinesfalls dem Diktat der Haushaltspolitik unterworfen werden. Vielmehr bedeutet Stabilität im Sinne zuverlässiger Aufgabenerfüllung, dass eine leistungsabhängige Finanzierung diesen

Grundhaushalt ergänzen und damit eine Schwerpunktsetzung in der Forschung ermöglichen kann. Die Verteilung von Sondermitteln darf nicht dazu führen, dass die Universitäten die Finanzierung ihrer Aufgaben auf Basis von Prognosen zu planen genötigt werden. Zurzeit ist eine Universität aber in einem geradezu unverantwortlichem Maße darauf angewiesen, instabilen Finanzierungsmodellen zu vertrauen. Dies fällt naturgemäß schwer.

Würde man also für den heute an einer Universität notwendigen planerischen finanziellen Drahtseilakt mit den zur Verfügung und mutmaßlich in Aussicht gestellten finanziellen Mitteln ein architektonisches Bild bemühen wollen, das die vorgenannten Prinzipien der antiken Architekturtheorie illustriert, die Sie, Herr Dr. Weidmann für Ihren Vortrag als Rahmen gewählt haben, wäre es wohl für uns leider nicht wie bei der Deutschen Bundesbank der „Betonriegel“, der den entsprechenden Symbolwert verkörpert. Vielmehr stellt sich der planerische Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wie ein „Kartenhaus“ dar: Statisch ausbalanciert, naturgemäß sehr vorsichtig aufgebaut und grundsätzlich auch hübsch anzusehen, birgt es jedoch leider stets die Gefahr, bei minimaler Störung des Gleichgewichts zusammenzustürzen. Sehr vertrauensvoll ist dieses Gebilde deswegen nicht. Es verkörpert lediglich ein labiles Gleichgewicht.

Zum Ende meiner Tischrede möchte ich in aller Kürze die Gelegenheit nutzen, Herrn Professor Gemper und allen Gesprächsteilnehmern, die zum Gelingen des Gedankenaustausches beigetragen haben, zu danken.

Ein besonderer Dank gilt hier Herrn Professor Franke-Viehbach, der uns im Kontext seiner Vorlesung „Internationale Finanzierung“ kompetent auf die anschließenden Gespräche zur Bedeutung der Finanzpolitik als Stabilitätspolitik kurz vorbereitet hat.

Für die gelungene Moderation durch den Gedankenaustausch gilt es Herrn Professor Schlösser zu danken.

Nun will ich Sie nicht länger mit Dankesworten und Lobeshymnen aufhalten, obwohl es sicherlich ausreichend Anlass dazu gibt. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Appetit!

Volker Wulf

Einige Bemerkungen zum Vortrag des Bundesbankpräsidenten Weidmann an der Universität Siegen

Die Universität Siegen kann sich glücklich schätzen, bedeutende Wirtschafts- und Währungspolitiker im Rahmen des Franz-Böhm-Kollegs zu Gast zu haben. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei meinem Kollegen Bodo Gemper, dessen Initiative es zu verdanken ist, dass wir den Präsidenten der Deutschen Bundesbank zu Vortrag und Diskussion begrüßen durften. Herrn Dr. Weidmann bin ich sehr dankbar dafür, in seinem sicher wohl gefüllten Terminkalender einen Platz für uns gefunden zu haben.

Als Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrecht habe ich in den letzten Jahren versucht, die praktische Relevanz wirtschaftswissenschaftlicher Forschung zu stärken und damit einer auch international feststellbaren Tendenz zur Scientifizierung, im Sinne einer Abkehr von in Praxis relevanten Fragestellungen, dieser Disziplinen angewandter Sozialwissenschaft ausgleichend entgegenzutreten.

Eine weltanschauliche Engführung, die Dominanz quantitativer Methoden und ausschließlich die Publikationsleistung honorierende Rankings der Professorenschaft haben den Charakter volkswirtschaftlicher Forschung verändert, ihre (interdisziplinäre) Diskursfähigkeit verringert und ihre gesellschaftliche Bedeutung beeinträchtigt. Auch deshalb freuen wir uns sehr über die Veranstaltungen des Franz-Böhm-Kollegs, die wirtschaftspolitisch Denkende und Handelnde, (angehende) Wirtschaftswissenschaftler und politisch Interessierte zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen diskursiv zusammenbringen.

Neben fachlichem Austausch ermöglicht dieses Veranstaltungsformat aber auch, dass die Teilnehmer einander persönlich kennenlernen. Dabei hat mich der Herr Bundesbankpräsident durch seine intellektuelle Brillanz, Eloquenz und menschliche Verbindlichkeit sehr beeindruckt.

Sein Vortrag hat in beeindruckender und klar verständlicher Weise die Architektur der Währungsunion beschrieben und dabei die Grundposition der Deutschen Bundesbank in Überwindung der internationalen Finanz- und Euro-Krise dargestellt. Die bisher aus deutscher Sicht sehr erfolgreiche Handhabung dieser Krisenverläufe kann sicherlich auch als ein bemerkenswerter Erfolg dieses, in seinen eigenen Worten, stabilitätspolitischen Überzeugungstäters gelten.

Erlauben Sie mir nunmehr aber auch einige der von Herrn Dr. Weidmann verfolgten Positionen kritisch zu hinterfragen. Dies sind die Überlegungen eines Wirtschaftsinformatikers, so gesehen eines volkswirtschaftlich interessierten Laiens, der sich um die langfristige Tragfähigkeit und europapolitische Sprengkraft der hier vertretenden Wirtschafts- und Währungspolitik sorgt.



Im Erklärungsmodus 3

Das Politikkonzept der Deutschen Bundesbank zielt im Kern darauf ab, die Eurozone und insbesondere die aktuellen Defizitstaaten auf den Weg der wirtschaftspolitischen Tugend (zurück-)zubringen. Dieser Weg der Tugend wird vor allem in der ökonomischen Positionierung der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Dabei werden m. E. aber einige langfristig wirkende Aspekte und daraus sich ergebende Probleme übersehen.

Aus einer weltwirtschaftlichen Perspektive können nicht alle Volkswirtschaften über lange Zeiträume einen Exportüberschuss erwirtschaften. Der Exportüberschuss einzelner Länder muss notwendiger Weise mit Defiziten anderer Volkswirtschaften einhergehen. Sind solche Überschüsse nicht nur kurzfristige und zwischen den Wirtschaftsentitäten wechselnde Phänomene, können – ja müssen diese Ungleichgewichte wahrscheinlich sogar – eine längerfristige Destabilisierung der Weltwirtschaft hervorrufen. Vor diesem Hintergrund hatte John M. Keynes in weiser Voraussicht bereits auf der Konferenz in Bretton Woods im Jahre 1944 ein internationales Währungssystem (Keynesplan) vorgeschlagen, das ausgeglichene Außenhandelsbilanzen anstreben würde.

Strukturelle Exportüberschüsse haben aber auch wohlstands- und machtpolitische Wirkungen, die in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland kaum thematisiert werden. Für die Bevölkerung eines Exportweltmeisters gilt, dass sie langfristig weniger Güter und Dienstleistungen konsumiert als sie durch ihre tägliche Arbeit erschafft. Somit entgeht ihr ein Teil des von ihr geschaffenen Lebensstandards. Die Werthaltigkeit mit Exportüberschüssen notwendigerweise in anderen Währungen zu tätigen Auslandsinvestitionen leidet strukturell unter dem Abwertungsdruck der Zielwährungen (einmal abgesehen von einer gewissen ‚Glückseligkeit‘ deutscher Banker bei Investitionen im Ausland, die sich in der letzten Krise deutlich zeigte). Insofern ist es für die Bevölkerungsmehrheit nicht notwendiger Weise rentierlich, ein Exportweltmeister zu sein. Hätte eine langfristig ausgeglichene Handelsbilanz daher nicht wohlstandsfördernde Wirkung?

Etwas anders kann das Kalkül der wirtschaftspolitischen Eliten aussehen. Das mit dem hohen Exportüberschuss einhergehende finanzpolitische Krisenlösungspotential hat im Verlauf der aktuellen Krise zu einer nicht unerheblichen Machtverschiebung innerhalb der EU zu Gunsten Berlins geführt. Insofern könnte in Partnerländern der Eindruck entstehen, die deutsche (wirtschafts-)politische Klasse sei Gewinner der strukturellen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte – insbesondere der Krise innerhalb der Euro-Zone. In dieser Entwicklung steckt eine gewisse Ironie, da François Mitterrand durch die Einführung des Euros ja gerade die wirtschaftspolitische Vorrangstellung der Deutschen Bundesbank begrenzen wollte. Aber auch in der Bewertung dieser Machtverschiebung stellt sich die Frage nach den nachhaltigen Effekten, insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung der europäischen Integration.

War nicht die deutsche Europapolitik bis ans Ende der Ära Kohl eher an einem Transfer von Ressourcen an wirtschaftlich schwächere Partner zur Förderung der europäischen Integration orientiert? Das Ende des „Kalten Krieges“ und die Kosten der deutschen Einheit haben dieses Kalkül verändert. Der nicht immer offensichtliche Reformwille der Länder des europäischen Südens und Ostens hat ein weiteres getan, die Bereitschaft der deutschen Öffentlichkeit für weitere Transferzahlungen zu

begrenzen. Der vom Herrn Bundesbankpräsidenten so klar beschriebene währungspolitische Umgang mit der Eurokrise läuft auf eine Renationalisierung der Volkswirtschaften und der wirtschaftspolitischen Verantwortung in der Eurozone hinaus. Der daraus entstehende Veränderungsdruck hat m.E. durchaus seine Berechtigung und Reformen sind in den Ländern des europäischen Südens dringend erforderlich. Allerdings ist auch Deutschland gefordert sein Scherflein zur Lösung der Krise in der Eurozone beizutragen. Da die von Beginn an diskrepante Entwicklung der Lohnstückkosten ein wesentliches Element der Ungleichgewichte in der Eurozone ist, erscheint mir die kürzlich nunmehr auch von der Deutschen Bundesbank geforderte Erhöhung der Arbeitseinkommen in die richtige Richtung zu weisen.

Es erschien mir bedenkenswert, ob Deutschland nicht mit etwas weniger stabilitätspolitisch ausgeprägten Überzeugungen und seiner traditionellen europäischen Solidarität den Interessen auch der eigenen Bevölkerungsmehrheit besser dienen würde. Letztendlich muss Europa seinen Platz in einer sich schnell verändernden Welt finden. Wirtschaftspolitische Konzeptionen müssen vor dem Hintergrund ökologischer Problemlagen, des demografischen Wandels und feststellbarer Sättigungsphänomene in den nördlichen Ökonomien neu gedacht werden.

Ich bedanke mich nochmals bei Ihnen, Herr Kollege Gemper, für die Beiträge, die das Franz-Böhm-Kolleg zu diesem Diskurs geleistet hat. Herrn Dr. Weidmann bin ich zutiefst für seinen Besuch in Siegen und die Darstellung seiner währungs- und ordnungspolitischen Positionierung dankbar. Sie haben uns motiviert, den erforderlichen Diskurs zwischen den wirtschaftlichen Akteuren, den politisch Handelnden und der Wissenschaft ernsthaft zu beleben und vor allem diesen erkennbar notwendigen Prozess des Über- und Neudenkens aus der Akademie auch in die politische Öffentlichkeit zu tragen mit dem Ziel, unsere Vorstellungen auch konzeptionell weiterzuentwickeln!

Zur Person des Referenten:**Herr Dr. Jens Weidmann**

Präsident der Deutschen Bundesbank,
 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich,
 Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank

Geboren am 20. April 1968 in Solingen, Nordrhein – Westfalen

Ausbildung:

- 1987 Abitur in Backnang, Baden-Württemberg
- 1987 – 1993 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Université de Droit, d'Economie et des Sciences: Aix-Marseille III sowie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- 1997 Promotion zum Dr. rer. pol. mit der Dissertation „Geldpolitik und Europäische Integration“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Beruflicher Werdegang:

- 1994 – 1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik der Universität Bonn
- 1997 – 1999 Mitarbeiter beim Internationalen Währungsfonds in Washington D.C., U.S.A.
- 1999 – 2003 Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden
- 2003 – 2006 Leiter der Abteilung Geldpolitik und monetäre Analyse der Deutschen Bundesbank, sowie Vertreter des Zentralbereichsleiters Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main
- 2006 – 2011 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt und Persönlicher Beauftragter der Bundeskanzlerin für die Weltwirtschaftsgipfel der G8- und G20- Staaten, Berlin
- Seit 1. Mai 2011 Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main

- Seit 1. Oktober 2015 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel
- November 2015 Verleihung des Internationalen Preises der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung an Herrn Dr. Jens Weidmann in Würdigung seiner unbeugsamen Haltung als überzeugter Verfechter einer stabilitätswahrenden Geld- und Finanzpolitik im Dienste einer Sozialen Marktwirtschaft.



Freundlicher Abschied

Foto: B. G.

Kapitel 2

Frank Hartmann

Die Welt als Wille und Vorstellung - ein langer Abschied

1. Die Philosophie:

Im Jahre 1819 vollendete der Philosoph Arthur Schopenhauer (1788–1860) sein Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“¹. In seinen Vorlesungen erklärt er dazu: „[...] Allererst indem auf die beschriebene Weise ein erkennendes Individuum sich erhebt zum reinen Subjekt des Erkennens und eben damit ein betrachtetes Objekt zur Idee seiner Gattung – tritt die WELT ALS VORSTELLUNG ganz und rein hervor, zur Idee seiner Gattung – tritt die WELT ALS VORSTELLUNG ganz und rein hervor, geschieht die VOLLKOMMENE OBJEKTIVATION DES WILLENS. [...] Denn, wenn wir von jener eigentlichen WELT ALS VORSTELLUNG gänzlich absehen, so bleibt nichts übrig denn die WELT ALS WILLE.“²

Für seine Zeitgenossen schwer nachvollziehbar, wurde aus einem eher randständigen Privatdozenten nach dem Jahr 1848, dem Schicksalsjahr der Deutschen, einer der einflussreichsten Philosophen seiner Zeit und er blieb es bis in die nahe Vergangenheit. Er galt als einer der führenden Köpfe der klassischen deutschen Philosophie. Unübersehbar sind die Spuren, welche er in der Geschichte der Geisteswissenschaften hinterlassen hat.

Der Werdegang Schopenhauers, ausgehend von seiner Promotionsschrift „Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde“³ bis zum eingangs genannten Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ kann als kongenialer Spiegel der politischen Entwicklung im Deutschland des 19. Jahrhunderts verstanden werden.

Seine Promotionsschrift befasst sich noch mit dem Ausgangspunkt der traditionellen Logik als Satz des Werdens, des Erkennens und als Prinzip des Beweisens. Sein Thema ist der Leitfaden wissenschaftlichen Erkennens, des Forschens und des Aufdeckens von Kausalzusammenhängen. Dieses ist als Prinzip selbst nicht zu beweisen.

Mit seiner Arbeit „Die Welt als Wille und Vorstellung“ legt Schopenhauer eine neue Grundlage wissenschaftlichen Denkens. Er versucht darin die Grenzen der positiven Wissenschaft zu überwinden, welche er in der Phänomenologie von Raum und Zeit als gegeben sieht. Für Schopenhauer ist der Wille das wahrhaft Seiende:

¹ Schopenhauer, Arthur: Die Welt als Wille und Vorstellung, Leipzig 1819.

² Schopenhauer, Arthur, in: Arthur Schopenhauers sämtliche Werke Arthur Schopenhauers handschriftlicher Nachlass Philosophische Vorlesungen, Bd. 10, München 1913, Seiten 194/195.

³ Schopenhauer, Arthur: Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde, Jena 1813.

Er ist einheitlich, ewig ungeteilt und an sich unbewusst. Sein Wesen ist das unersättliche Verlangen nach Realität.⁴

Im Ganzen durchzieht das Denken Arthur Schopenhauers auf dieser Basis eine pessimistische, in ihrem letzten Grunde rational nicht analysierbare Grundstimmung der Resignation. Unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Konsistenz traf diese Lebenseinstellung in seiner Philosophie den Nerv der Zeit und wurde zu einer weit verbreiteten Geisteshaltung im Deutschland des ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Der revolutionäre Kern des Schopenhauerschen Gedankengebäudes liegt in seiner Abwendung von der Romantik. Der Bruch mit der bisherigen Art des Philosophierens ist vollständig und es findet sich bei ihm keine wehmütige Rückschau auf in der Vergangenheit liegende, paradiesähnliche Zustände. Dass „[...] das ursprüngliche Wesen der Welt nicht ERKENNTNIS ist, sondern allein WILLE, ein Erkenntnisloses.“ Dies ist der Kontrapunkt der Entwicklung seines wissenschaftlichen Denkens, als eine Gedankenwelt, in der die Logik als Grundlage aller Wissenschaft in den Hintergrund tritt. Er formuliert: „Am Schluss unserer Betrachtung werden wir sehen, daß eben so die Frage WOHER? hier keine Bedeutung und Anwendung haben kann, also der Satz vom Grund als Gesetz der KAUSALITÄT.“⁶

Schopenhauers Weltanschauung wurde zu einem Eckstein⁷ der klassischen deutschen Philosophie, deren herausragende Vertreter, wie zum Beispiel Kant, Hegel, Fichte, Schelling und schließlich Nietzsche, diese Methode spekulativen Denkens in den verschiedensten Gebieten der Geisteswissenschaften etablierten.

Es war der Jurist Carl Schmitt (1888–1985)⁸, der zu Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere, welche ca. 50 Jahre währen sollte, die politische Brisanz dieser philosophischen Richtung in der Schrift „Politische Romantik“⁹ für die Rechtswissenschaft am Ende der zwanziger Jahre offen legte.

Originell war seine Kritik jedoch nicht. Diese Skepsis hatte bereits der Universalgelehrte Albert Schweitzer (1875–1965) an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts formuliert. Er benannte deutlich die Gefahren, in die sich die Geisteswissenschaften mit dieser spekulativen Weltsicht begeben hatten. Er erkennt die pessimistische, lebensverneinende Weltanschauung, wie sie von Arthur Schopenhauer etabliert wurde, praktisch als „ruinös“.¹⁰ Schweitzer musste die

⁴ Schopenhauer, Arthur. in: Arthur Schopenhauers sämtliche Werke Arthur Schopenhauers handschriftlicher Nachlass Philosophische Vorlesungen Metaphysik und Naturphilosophie, Bd. 10, München 1913, Seite 89

⁵ Ders., in: Arthur Schopenhauers sämtliche Werke Arthur Schopenhauers handschriftlicher Nachlass Philosophische Vorlesungen, Eine letzte Frage, Bd. 10, München 1913, Seiten 582 bis 584.

⁶ Ders., in: Arthur Schopenhauers sämtliche Werke Arthur Schopenhauers handschriftlicher Nachlass Philosophische Vorlesungen, Bd. 10, München 1913, Seite 171.

⁷ Zur Bedeutung des Topos „Eckstein“ vgl.: Neue Jerusalem Bibel, Einheitsübersetzung mit dem Kommentar der Jerusalem Bibel, Freiburg im Breisgau 2007, Seite 1065, Jesaja, Kapitel 28, Verse 16 und 17a, i.V.m. Seite 1415, Evangelium nach Matthäus, Kapitel 21, Vers 42.

⁸ Zu seinem herausragenden Einfluss auf die deutsche Rechtswissenschaft vgl. u. a. Dirk van Laak: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik Berlin 1993.

⁹ Schmitt, Carl: Politische Romantik, München und Leipzig 1925, Seiten 117, 129, 223 f.

¹⁰ Schweitzer, Albert: Ausgewählte Werke in fünf Bänden, Bd. 2, Berlin 1973, Seite 297.

Kühnheit seiner kritischen Ansichten im deutschen Akademiebetrieb seiner Zeit allerdings mit der Beendigung seiner beruflichen Laufbahn als Theologe bezahlen.

Im Gegensatz zu Carl Schmitt gelang es Albert Schweitzer in seinen Schriften, auf Augenhöhe mit der klassischen deutschen Philosophie, aus der skeptisch-kritischen Analyse einen universell gültigen weltanschaulichen Gegenentwurf zu entwickeln. Ausgehend von „[...] der Schuld der Philosophie an dem Niedergang der Kultur“ über „Die Krise der Kultur und ihre geistige Ursache“¹¹ kommt er zu seiner Ethik der „Ehrfurcht vor dem Leben“¹².

Methodisch fordert er den reiner Wissenschaftlichkeit verpflichteten Denkansatz: „Geistiges muß geistig beurteilt werden.“¹³ Er verlangt dadurch nicht mehr und nicht weniger als unbeschränkte Freiheit der Meinung auf akademischem Gebiet, sowohl für die Theologie als auch für die Wissenschaft im Allgemeinen. Dies war und ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, sondern diese Freiheit muss auch im wissenschaftlichen Diskurs der Gegenwart über die politisch – rechtliche Gestaltung Europas als Qualitätsanspruch ständig neu errungen werden.

2. Die Wirtschaftswissenschaften:

Sie, Herr Dr. Weidmann, haben sich heute in Siegen einem solchen Diskurs in verdienstvoller Weise gestellt. Sie haben über die Architektur der Währungsunion gesprochen und dabei ethische und sogar ästhetische Kategorien berührt. Anmut und Würde¹⁵ sind angemessene Begriffe, welche Sie für dieses Experiment von globaler Tragweite ins Feld geführt haben. Sie haben die allgemeinen volkswirtschaftlichen und die speziellen geldpolitischen Voraussetzungen für das Gelingen dieses Experiments erläutert. In Übereinstimmung mit Ihrem Mandat als Bundesbankpräsident haben sie eine weitergehende politische Beurteilung der gegenwärtigen Lage vermieden. Sie zeichnet sich jedoch, wie bei einem Scherenschnitt, in klaren Umrissen spiegelbildlich ab. Insofern ist das, was Sie von diesen politischen Imponderabilien nicht gesagt haben von ebenso großer Wichtigkeit, wie das, was Sie als Ökonom wissenschaftlich festgestellt haben. Im Zentrum dieses Ihres gesammelten Schweigens stent die Vision einer neuen politischen Verfassung der Europäischen Union, welche die Basis für eine gelingende Währungsunion in ihrem Sinne bilden kann.

Es ist meines Erachtens notwendige und vornehmste Aufgabe der Geisteswissenschaften im Allgemeinen und der Volkswirtschaftslehre im Besonderen, in die Debatte über die wissenschaftliche Entdeckung und Bewertung dieser politischen Voraussetzungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einzutreten. Dies wird umso klarer, als gegenwärtig Irrtümer und überholte Vorstellungen bewusst oder unbewusst vorhandene Denkblockaden verstärken.

¹¹ Ders., Seite 21

¹² Ders., Seite 117.

¹³ Ders., Seite 375.

¹⁴ Ders., Bd. 5, Seite 377.

¹⁵ Schiller, Friedrich: Ueber Anmut und Würde, in: Schillers sämtliche Werke, Bd. 12, Stuttgart und Tübingen 1838, Seite 323 ff.